

Wann sind wir endlich da?

Eine Bestandsaufnahme in Sachen Gleichberechtigung

Am 8. März feiern wir den Internationalen Tag der Frau. Wobei „feiern“ nicht ganz der richtige Ausdruck ist. Denn auch wenn manche das zu glauben scheinen, handelt es sich dabei nicht um eine Art „Gebär-Muttertag“, an dem man Frauen mit Pralinen und Blumen zu ihrem schönen Geschlecht gratuliert. Vielmehr sollte man dieses symbolträchtige Datum, das die Errungenschaften der weltweiten Frauenbewegungen der letzten einhundert Jahre ehrt, lieber zum Anlass nehmen, um über das Thema Gleichberechtigung nachzudenken, also gründlicher als sonst schon. Leider kriegen bislang nur Berliner*innen zu diesem Zweck frei – aber das hält alle anderen Bürger*innen selbstverständlich nicht davon ab, diesen wichtigen Welttag trotzdem zu würdigen, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weisen. Denn während bundesweit Massen an Frauen auf Protestmärschen und in diesem Jahr wegen Corona vermutlich auch verstärkt im Netz ihre Forderungen an die Politik und Gesellschaft formulieren, die immer noch bestehenden Ungerechtigkeiten abzuschaffen, spielt sich in den medialen Landschaften, in den Chefetagen und vor allem im privaten Kreis immer wieder dasselbe Ritual ab: Es wird relativiert, umgedeutet und unterstellt. Nämlich, dass Frauen gar nicht gleichberechtigt sein wollen, sondern eigentlich bevorzugt und privilegiert. Für solche Leute ist diese Ausgabe natürlich ein gefundenes Fressen: „Die Damen kriegen also ein eigenes Frauenheft – aber wann kommt bitteschön das Männerheft? Ständig wird sich mit Frauenrechten beschäftigt und der Feminismus propagiert, dabei sollte es doch ganz generell um Menschenrechte gehen – *All Lives Matter!* Und schließlich ist die Gleichberechtigung ja schon längst erreicht und bombensicher im Grundgesetz verankert. Was die Frauen jetzt noch als Benachteiligung empfinden, ist schlichtweg eigenes Unvermögen. Muss schwierig sein, sich von einem bequemen, jahrzehntlang gepflegten Opfer-Mythos zu lösen ...“

„Mann“ erwartet, dass „Frau“ erst einmal all diese Vorwürfe entkräftet, bevor sie überhaupt in die Details ihrer Unrechtswahrnehmungen geht. Ob die dann der Realität entsprechen und nicht (viel wahrscheinlicher) nur auf Einbildung beruhen, steht nochmal auf einem separaten Blatt. Solche unreflektierten Stimmen, die bereits erschöpfend diskutierte Grundlagen des Gleichberechtigungsgedankens immer wieder aufs Neue herausfordern, nerven natürlich ohne Ende. Sie sind aber leider noch längst nicht so leise oder so wenige geworden, als dass man sie einfach ignorieren dürfte. Und so ist es denn immer wieder an den Aktivistinnen, Studien zusammenzufassen, Untersuchungsergebnisse wiederzugeben und aktuelle Lösungskonzepte zu erklären – also über die Faktenlage zu informieren. Die ist ziemlich eindeutig und besagt, dass in sehr vielen Bereichen unseres Alltags immer noch eine strukturelle Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern besteht, zuungunsten von Frauen und Mädchen. Außerdem besteht ein Konsens darüber, wie man diese Schieflage am nachhaltigsten ausgleicht, nämlich, indem man dem allgemeinen Mangel den Kampf ansagt: dem Mangel an Frauen in Entscheidungspositionen, dem Mangel an spezifischem Wissen über Frauen und dem Mangel an Interesse für weibliche Perspektiven.

Wie vermittelt man diese Lösung aber nun Leuten, die der festen Meinung sind, dass eh schon viel zu viel über Frauen gesprochen wird? Die wahlweise auch mal finden, dass eine Bundeskanzlerin eigentlich schon der Beweis für ein heimlich errichtetes

Matriarchat ist (man erinnere sich nur an die peinlichen Kommentare über den Schnapsschuss von Merkel, von der Leyen und AKK im Schloss Bellevue vor zwei Jahren)? Und die meinen, dass Frauen den Gleichberechtigungspassus im Grundgesetz immer nur dann anwenden, wenn es ihnen zum Vorteil gereicht, in allen anderen Fällen aber auf einer gesetzeswidrigen Bevorzugung bestehen?

Tatsächlich verbietet der dritte Absatz des Gleichheitsartikels, dass eine Person aufgrund ihres Geschlechts „benachteiligt oder bevorzugt“ wird. Was die kritischen Stimmen an dieser Stelle aber übersehen, ist, dass dem aktuellen Zustand eine *implizite* Bevorzugung von Männern eingeschrieben ist – und das oftmals auf so grundsätzlicher Ebene, dass sie für das ungeübte (meist männliche) Auge unsichtbar ist. Für Frauen hat diese unfaire Ausgangslage aber die Konsequenz, dass ihre implizite Benachteiligung als unvermeidlich wahrgenommen wird. Ganz abgesehen von all den anderen, sehr *expliziten* Folgen für Leben, Familienplanung, Karriere und politische Mitgestaltung.

Schauen wir uns diese Folgen doch einmal etwas genauer an, angefangen bei unser aller Lieblingsthema: Geld. Armut ist weiblich – und das ist nicht nur so ein dummer Grammatikwitz, sondern für viele Frauen die bittere Realität. Vor allem im Alter rutscht ein nicht unbeträchtlicher Teil der Frauen in prekäre Finanzverhältnisse ab, da sie im Schnitt viel geringere Renten beziehen, was wiederum auf geringere und vor allem unregelmäßige Einzahlungen zurückgeht. Viele Frauen können nämlich kei-

ne lückenlosen Erwerbsbiografien vorweisen, weil sie zwischendurch Kinder großgezogen haben und deshalb längere Pausen einlegen mussten. Auch arbeiten sie häufiger in Teilzeit, weil sie durch anderweitige Verpflichtungen gebunden sind, etwa an die zeitraubende, unbezahlte Care- und Reproarbeit (Kinderbetreuung, Verwandtenpflege, Haushalt und Einkäufe), die immer noch überwiegend von Frauen geleistet wird. Und dann ist da noch die Sache mit dem Lohnunterschied. Laut der jüngsten Statistik von 2019 beträgt der *Gender Pay Gap* in Deutschland satte 19 Prozent (in manchen Branchen sogar 29 Prozent) – eine enorme Lücke, auf die auch hierzulande seit einigen Jahren mit dem *Equal Pay Day* hingewiesen wird (in diesem Jahr ist er übrigens am 10. März – bis zu dem Tag haben Frauen in Deutschland statistisch gesehen „für umsonst“ gearbeitet). Kritiker*innen dieses Werts führen jedoch an, man beziehe bei seiner Errechnung nicht mitein, dass Frauen sich häufig schlechter bezahlte Jobs aussuchen (was die Frage aufwerfen könnte, warum ausgerechnet *die* so schlecht bezahlt werden) oder geringere Qualifikationen mitbringen. Ein um diese Faktoren bereinigter Gender Pay Gap (a.k.a. der Lohnunterschied bei gleicher Leistung und Position) liege nur bei 2 bis 7 Prozent, was für manche anscheinend vernachlässigungswert wenig ist. Allerdings ist dieser geringere Prozentsatz fragwürdig, weil er einfach nicht die komplexen, schwer erfassbaren Hintergründe der nicht so idealen Erwerbssituation von Frauen widerspiegelt (zum Beispiel *warum* sie diese höheren Qualifikationen und besserbezahlten Stellen eben

nicht erreichen).

Die Gründe für weibliche Armut sind also vielfach auf alte Geschlechterstereotypen zurückzuführen, die sich in den Strukturen unseres Arbeitslebens und der entsprechenden Gesetzgebung eingeschrieben haben – und zwar einfach dadurch, dass die Lebensrealität von Frauen nicht von vornherein mitgedacht wurde. Die Zeiten haben sich aber nun einmal geändert, weshalb schleunigst Anpassungen her müssen. Und damit die passieren, müssen Frauen verstärkt in jene Prozesse eingebunden werden, die über solche Strukturen entscheiden. Der Gedanke dahinter ist so einfach wie genial: Frauen vergessen nicht so leicht wie Männer, dass Frauen existieren, weshalb sie sie eher in ihren Überlegungen berücksichtigen. Die Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen ist demnach die vielversprechendste Methode, um die Repräsentanz weiblicher Anliegen zu fördern. Doch irgendwie passiert das nicht von selbst. Aus diesem Grund sprechen sich viele für die Einführung von Quotenregelungen aus als einem (vorrübergehenden) Hilfsmittel zur Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen. Wobei „Korrektiv gegen die versteckte Bevorzugung von Männern“ das bessere Framing wäre. Dann würden vielleicht nicht immer dieselben fadenscheinigen Gegenargumente vorgebracht, die Frauen glatt die Kompetenz absprechen („Wirklich gute Frauen schaffen es auch so“) oder alberne Vorbehalte legitimieren („Wirklich gute Frauen kriegen so das Label ‚Quoten-Frau‘ verpasst“). Entsprechend wirkungslos geraten die vor diesem Hintergrund beschlossenen Quoten, die nicht nur mit 20 bis 30 Prozent weit hinter den eigentlich sinnvollen 50 Prozent Geschlechterparität zurückbleiben, sondern deren Durchsetzung überdies freiwillig ist – mit der vorhersehbaren Folge, dass sich kaum ein Unternehmen verpflichtet fühlt.

Besonders in der Politik hat das Fehlen verbindlicher Quoten schlimme Auswirkungen: Seit 2002 stagniert der Frauenanteil im Deutschen Bundestag bei rund 30 Prozent. Bei der Wahl im Jahr 2017 gab es sogar einen stärkeren Rückgang aufgrund des Einzugs der AfD, die mit 10,9 Prozent den geringsten Anteil an weiblichen Abgeordneten stellt (wobei die FDP mit 23,8 Prozent und die CDU/CSU mit 19,9 Prozent auch nicht gerade vorbildlich sind). Eine deutliche Verbesserung bei den diesjährigen Wahlen gilt als überaus unwahrscheinlich.

Ohne verbindliche Quoten bleibt für viele Frauen, die weiterkommen wollen, die gläsernde Decke also intakt. Wenn es ihnen aber doch gelingt, sie zu durchbrechen, treffen sie nicht selten auf machistische Strukturen, die sie wieder zum Rückzug bewegen: Respektloses Verhalten, mangelnde Einbindung in entscheidende Prozesse, sexistische Kommentare und andere Formen von Diskriminierung sind gängige Erfahrungen, die selbst Frauen in gehobenen Positionen immer wieder machen müssen. Doch nicht nur in der Arbeitswelt, auch in anderen Sphären des öffentlichen Raums kriegen sie regelmäßig zu spüren, dass diese Orte ihnen nicht in gleicher Weise wie Männern zugänglich sind. Das gilt ganz besonders für die neueste Dimension des öffentlichen Raums: das Internet. Frauen, die sich im Netz bewegen und Meinungen vertreten, werden viel häufiger und vor allem viel heftiger als Männer beschimpft, bedroht und bloßgestellt. Die Angriffe richten sich dabei nicht so sehr gegen das Gesagte,



Something to Say 2020, Öl auf Leinwand, 200 x 160 cm

sondern vor allem gegen das Geschlecht der Sprecherin, die durch solche Einschüchterungspraktiken entmutigt werden soll, sich an Diskussionen zu beteiligen. Besonders übel sind dabei jene Frauen betroffen, die aus beruflichen Gründen auf eine große, mediale Reichweite angewiesen sind, Politikerinnen etwa. Wie der Fall Renate Künast gezeigt hat, die vor zwei Jahren ein paar ziemlich unterirdische Facebook-Kommentare zur Anzeige gebracht hat, müssen die sich laut höchstrichterlichem Spruch selbst erniedrigende und entmenslichende, sexualisierende Bezeichnungen einfach so gefallen lassen.

Auch viele andere Formen von digitaler Gewalt gegen Frauen, zum Beispiel die Veröffentlichung privater oder heimlich aufgenommener Fotos ohne Einwilligung, ziehen bislang nur unzureichende oder gar keine Konsequenzen nach sich. Präventive Schutzmaßnahmen sind zudem so gut wie gar nicht vorhanden – was nicht zuletzt daran liegt, dass man das Ausmaß des Problems immer noch nicht richtig wahrhaben will. Stattdessen ist Verharmlosung gang und gebe, etwa wenn in den Medien Tötungen von Ehepartnerinnen und Ex-Freundinnen als „Beziehungstat“, „Familiendrama“ oder „Verbrechen aus verschämter Liebe“ bezeichnet werden. Aktivistinnen fordern, solche sexistisch motivierten Morde klar als *Femizide* zu benennen, damit diese

Taten endlich als Hassverbrechen erfasst und vor Gericht entsprechend behandelt werden. Und nicht zuletzt würde diese Einordnung Frauen gegenüber das längst überfällige Zeichen setzen, dass gegen sie gerichtete Kriminalität *ernst genommen wird* – und ihre Berichte über Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen nicht ungehört verhallen.

Die Voraussetzung hierfür wäre, dass man den Frauen wirklich zuhört; dass man ihnen zutraut, ihre Erlebnisse richtig bewerten zu können und sich nicht bloß etwas einzubilden (oder von Feministinnen einreden zu lassen). Leider ist diese Voraussetzung in vielen Köpfen immer noch nicht gegeben – ein weiteres Relikt aus der Zeit der klar definierten Geschlechterstereotypen, die Frauen als instabil, unvernünftig und kindlich darstellen. Und so gibt es auch heute noch eine Tendenz, ihnen die Fähigkeit abzusprechen, über ihr eigenes Leben und ihren eigenen Körper verantwortungsvoll entscheiden zu können. Womit wir bei *dem* Bevormundungsthema schlechthin wären: Abtreibung. Auch wenn es sich dabei um ein grundlegendes Recht weiblicher Selbstbestimmung handelt, gehen die Meinungen über Schwangerschaftsabbrüche extrem auseinander, die Gesetzeslage ist von Land zu Land sehr unterschiedlich – und meistens ein Spiegel für den Einfluss, den die (patriarchalische) Kirche dort hat.



Foresters 2015, Acryl auf Leinwand, 147 x 195 cm

Wie sieht die Situation in Deutschland aus? Laut §218 Strafgesetzbuch sind Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich *nicht legal*, jedoch sind sie in ein paar Ausnahmefällen für alle Beteiligten strafrei (nach Vergewaltigung, bei Lebensgefahr für die Frau und/oder nach einer Beratung innerhalb von 12 Wochen nach Empfängnis). Die Formulierung als „Ausnahmerecht“ mag irritieren, dennoch ist damit nichts anderes gemeint, als dass Frauen hierzulande unter bestimmten Bedingungen und unter Einhaltung gewisser Fristen abtreiben können. Der empörende Teil kommt erst in dem mittlerweile berühmt-berüchtigten §219a zur Sprache, der „Werbung“ für Abtreibung verbietet und damit offenbar auch die bloße Bereitstellung von Informationen über die angewandten Methoden meint. Genau das hat nämlich die Gießener Ärztin Kristina Hänel auf der Website ihrer Praxis getan, in der sie Abbrüche vornimmt, und wurde deswegen mehrfach zu Geldstrafen verurteilt. Im Januar ist ihre Revision endgültig verworfen worden, woraufhin sie die Infos von ihrer Seite nehmen musste. Welches Denken steckt wohl hinter diesem sonderbaren Werbe-Paragrafen? Will man vielleicht verhindern, dass zu viele Frauen „zu gut“ informiert sind und deshalb auch von ihrem Recht Gebrauch machen (was der christlich-konservativen Wählerbasis total gegen den Strich ginge)? Oder denkt man gar, Frauen würden allzu leichtfertig abtreiben, wenn sie besser über das „Wie“ Bescheid wüssten, und sich damit auf lange Sicht furchtbar unglücklich machen – wovon es diese armen Dinger unbedingt zu schützen gilt ...?

Wie auch immer. Die widersprüchliche Handhabung des Themas Abtreibung zeigt jedenfalls, dass selbst ein Gesetz, das ausschließlich Frauen betrifft, ausgerechnet deren Bedürfnisse nicht in den Mittelpunkt setzt, sondern sie anderen (vornehmlichen männlichen) Interessen hintenanstellt. Zusammen mit den übrigen diskutierten Beispielen reiht es sich in ein umfassendes Muster der Ungleichbehandlung ein. Nun gibt es zwar durchaus Anstrengungen, dieses Muster aufzubrechen; jedoch wird dafür bislang eher auf punktuelle Maßnahmen gesetzt, die zwar das Leben einzelner Frauen verbessern kön-

nen, auf die Lebensumstände der gesamten weiblichen Bevölkerung aber kaum einen Einfluss haben. Dahinter steht die bereits erwähnte Annahme, dass es keine strukturellen Veränderungen geben kann, weil die bestehenden Systeme einfach unvermeidbar sind. Und das sollen die Frauen nun schlucken: *It's a man's world – deal with it!* Wenn Frauen darin mitspielen wollen, müssen sie Umwege und Erschwernisse eben in Kauf nehmen, tougher werden und sich besser anpassen, sie müssen „mehr wie Männer“ werden. Und ist das nicht eigentlich genau das, was die Frauen mit ihrem Ruf nach Gleichberechtigung immer erreichen wollten – die Beseitigung des Unterschieds zwischen den Geschlechtern?

Nun, nein. Das ist vermutlich das ärgerlichste Missverständnis des Gleichberechtigungsgedankens überhaupt. Es geht nämlich nicht um irgendeine Form von Gleichmacherei, um keinen aufgezwungenen Konformismus, keine „Löschung“ der geschlechtlichen Differenz. Es geht vielmehr darum, alle Geschlechter in ihren jeweils spezifischen Bedürfnissen *gleichermaßen* zu berücksichtigen. Und das ist nun einmal nicht der Fall bei einer Konzeption von „Welt“, die die eine Hälfte der Menschen als die unausgesprochene Selbstverständlichkeit und die andere als kuriose Randerscheinung einstuft, die man der Einfachheit halber ignorieren darf. Diese Wahrnehmungsverzerrung ist das Ergebnis eines Jahrtausends währenden Nicht-Denkens, das sich leider bis in die heutige Zeit fortsetzt, und zwar in Gestalt eines systematischen Übersehens bei der *Datenerhebung*. Und so kommt der wohl grundlegendste Mangel in Bezug auf Frauen zustande.

Vor gut 20 Jahren wurde erstmals innerhalb der Vereinten Nationen über das Problem einer geschlechtsbezogenen Datenlücke, eines *Gender Data Gap*, diskutiert. So war aufgefallen, dass die Statistiken der einzelnen Mitgliedsstaaten so gut wie gar keine Schlüsse über die Situation der Frauen in den jeweiligen Ländern zuließen, weil über sie in Sachen Bildungsstand, Einkommen, Arbeitszeiten, häusliche Gewalt usw. keine separaten Daten vorlagen. Um diesen Missstand zu beheben, wurde 2006 die *Inter-Agency and Expert Group in Gender Statistics*

gegründet, die seither bei diversen Institutionen für eine nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Datenerhebungspraxis wirbt. Einer wirklich breiten Öffentlichkeit wurde das Ausmaß des Gender Data Gap aber erst durch die Veröffentlichung des Buches *Un-sichtbare Frauen* (2019) von Caroline Criado-Perez bewusst. Darin liefert die britische Journalistin und Frauenrechtsaktivistin einen umfassenden Überblick über das Fehlen gesellschaftlich, wirtschaftlich und medizinisch relevanter Daten über Frauen – und verdeutlicht auch die Konsequenzen dieser Lücke.

Und so wird klar, dass das Dilemma schon bei den Fundamenten unseres alltäglichen Lebens anfängt, nämlich in der Art, wie Städte, Verkehrsnetze, Wohn- und Freizeitanlagen aufgebaut sind. Damals wie heute werden für die Planung solcher Strukturen nämlich grundsätzlich keine Daten über Frauen und Mädchen erhoben, was dazu führt, dass diese Orte für sie oftmals weniger sicher, weniger praktisch oder weniger gut zu erreichen sind. Wie leicht sich das ändern lässt, zeigen Pilotprojekte, die im Vorfeld zielgerichtet Daten über die spezifischen Bewegungsmuster, Aktivitäten und Sicherheitsbedürfnisse von Frauen erfasst und ihre Entwürfe darauf aufgebaut haben, zum Beispiel inklusive Sozialbausiedlungen in Wien oder Spiel- und Sportplätze, die für Mädchen einladender gestaltet sind. Leider sind solche Beispiele noch sehr selten, auch weil bisher bei Bauprojekten jeder Art eher andere, tendenziell männliche Interessen priorisiert werden. Um es überspitzt zu sagen: Papa soll mit seinem Auto schnell zur Arbeit kommen können, weshalb man eine neue Straße baut. Und da muss Mama eben etwas langsamer machen, wenn sie mit dem Kinderwagen von der Kita zum Supermarkt über den kapputten Bürgersteig holt.

Die Schiefelage beruht aber nicht nur auf einer unfairen Bewertung von Interessen, sondern auch auf dem Konzept eines „Einheitsmenschen“, der männlich ist. Dieser ist leider noch längst nicht Geschichte und spielt selbst in der Zukunftsindustrie eine bedauerlich große Rolle, etwa bei der Programmierung von Algorithmen oder beim Trainieren von Künstlichen Intelligenzen. Letztere werden vor allem mit den Bildern und Stimmen von (weißen) Männern gefüttert, was man dann auch im Ergebnis sieht. So können beispielsweise viele Gesichtserkennungssoftwares Frauen sehr viel weniger gut auseinanderhalten (am wenigsten Schwarze Frauen) und Sprachassistenten oder Navigationssysteme sind weniger gut in der Lage, auf weibliche Stimmen zu reagieren. Irgendwie ist es schon ziemlich bitter, dass Siri eine Frau nur dann versteht, wenn diese ein paar Lagen tiefer spricht.

Der übliche „Referenzmann“ – weiß, 40 Jahre alt, 1,77 Meter groß und 80 Kilo schwer – kommt auch in der klassischen Produktgestaltung zum Einsatz, wo er immer noch als Schablone für den Durchschnittsverbraucher herangezogen wird. Aus diesem Grund ist es zum Beispiel wahrscheinlicher, dass ein Mann das oberste Brett eines Regals bequem erreichen oder eine Einkaufstasche tragen kann, ohne dass sie über den Boden schrappt, während eine Frau das eher nicht kann. Auch sind Artikel wie Shampooflaschen oder Smartphones für Frauenhände tendenziell zu groß. Die daraus erwachsenden Unannehmlichkeiten sind natürlich verhältnismäßig gering (auch wenn sie im Alltag schon nerven können). Allerdings kann die fehlende Berücksichtigung

weiblicher Maße und Proportionen auch schwerwiegendere Konsequenzen haben, etwa wenn Sicherheitsbekleidung ihren Trägerinnen nicht richtig passt und sie bei der Ausübung ihres Berufs behindert (eine schlechtsitzende Schutzweste oder zu große Stiefel können in einer Gefahrensituation zu einem echten Problem werden). Ein anderes Beispiel ist die gängige Praxis, Autos nur mit Crash-test-Dummys zu prüfen, deren Maße und Proportionierung in Sachen Muskelmasse dem männlichen Durchschnitt entsprechen. Eine Studie hat festgestellt, dass Frauen bei Autounfällen ein 47 Prozent höheres Risiko für schwere Verletzungen und ein 17 Prozent höheres Todesrisiko als Männer haben. Auf diesen besorgniserregenden Gefahrezuwachs wird bislang aber noch kaum reagiert; Tests mit weiblich genormten Dummys finden bloß vereinzelt statt, und dann auch noch nur auf dem Beifahrersitz.

Besonders schwer wiegen die Folgen der geschlechtsbezogenen Datenlücke in der Medizin, die die Gesundheit von Frauen im Studium, in der Forschung und in der Behandlung immer noch viel zu wenig thematisiert. Dass auch hier bislang der Mann als Prototyp der Gattung gilt, muss man wohl kaum extra erwähnen (ein Blick auf die Cover von Anatomielehrbüchern reicht). Tatsächlich hat sich im Laufe der Jahrhunderte sogar die Vorstellung herausgebildet, dass Frauen einfach nur wie „kleinere Männer“ behandelt werden müssten, die zwar über ein paar unberechenbare Organe verfügen (vernachlässigen!), aber ansonsten völlig baugleich seien. Neueste Erkenntnisse aus der Gendermedizin legen jedoch nahe, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen sogar bis auf die Zellebene reichen. Welche Auswirkungen diese Abweichungen auf verschiedene Werte oder auch die Ausbildung von Krankheitssymptomen haben kann, ist derzeit noch größtenteils ungewiss. Ein mittlerweile erkannter Fall ist aber der Herzinfarkt: Lange Zeit war man sich nicht darüber bewusst, dass Frauen bei vielen Infarktarten völlig andere Symptome zeigen als beim typischen „Hollywood-Infarkt“, nämlich Bauchschmerzen, Kurzatmigkeit, Übelkeit und Müdigkeit. Wenn diese aus Sicht einer androzentrischen Medizin „atypischen“ Beschwerden nicht richtig zugeordnet werden, kann das das Leben von Frauen gefährden – allein schon deswegen, weil die Frauen selbst die Gefahr nicht erkennen und es versäumen, frühzeitig einen Rettungswagen zu rufen. Kommen sie doch noch ins Krankenhaus, sind Fehldiagnosen um bis zu 60 Prozent wahrscheinlicher als bei Männern. Beides summiert sich zu einer sehr viel höheren Todesrate unter Infarktpatientinnen.

Auch in Sachen Verträglichkeit und Wirksamkeit von Medikamenten gibt es weniger Daten über Frauen, weil sie routinemäßig von Studien ausgeschlossen werden (der „störenden“ Hormone wegen). Dadurch kann es passieren, dass man Präparate durchwinkt, die Frauen mitunter gar nicht helfen, oder Dosierungen normiert, die für sie eigentlich viel zu hoch sind. Und schließlich können Therapien, die bei männlichen Probanden nicht angeschlagen haben, einfach verworfen werden, obwohl sie möglicherweise Frauen nutzen würden. Für solche gesonderten Studien will man aber offenbar kein Geld ausgeben (in diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass man von dem Viagra-Wirkstoff Sildenafil vermutet, er könne Regelschmerzen komplett



Kick! 2017, Acryl auf Leinwand, 190 x 300 cm

eliminieren; für eine großangelegte Studie finden sich allerdings keine Geldgeber*innen, da die Sorge besteht, sowas würde sich nicht verkaufen. Man möchte in die Tastatur beißen!)

Die bereits erwähnte Gendermedizin, die erst seit etwa 30 Jahren existiert, versucht diese spezifische Form des Gender Data Gap – den *Gender Health Gap* – kontinuierlich abzubauen. Unter anderem macht sie sich dafür stark, dass die Bedeutung der verschiedenen Phasen des weiblichen Zyklus in allen möglichen medizinischen Betrachtungen eine größere Rolle spielt und dass Phänomene wie Endometriose, Vaginismus oder PMS, unter denen Frauen seit Ewigkeiten unbehindert leiden müssen, endlich als Krankheiten anerkannt und entsprechend erforscht werden. Auf der anderen Seite prangt sie aber auch an, dass gewisse Bereiche der *Männergesundheit* unzureichend untersucht sind – der Gender Data Gap betrifft nämlich nicht nur Frauen. So gibt es zum Beispiel zu psychischen Krankheiten bei Männern viel weniger Daten, was natürlich wieder mit alten Stereotypen zu tun hat, welche dem „starken“ Geschlecht keine emotionalen Probleme einräumen. Eine gleichmäßig ambitionierte Datenerhebung würde also letztlich *allen* Geschlechtern zugutekommen.

Eigentlich müsste das Argument der gesteigerten Lebensqualität allein schon als Grund ausreichen, um die Schließung der Lücken entschlossen voranzutreiben. Jedoch bestehen viele Entscheidungsträger*innen darauf, bei allen frommen Wünschen „realistisch“ zu bleiben und die Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Dieser Vorbehalt ist aber wieder einmal unbegründet, denn mit dem Gleichberechtigungsprojekt ist es so ähnlich wie mit jedem anderen Plan, der auf Weitsicht und langfristige Gewinne baut: Wenn man an den richtigen Stellen Geld in die Hand nimmt, wird man später an anderen Stellen ein Vielfaches dieser Investition durch das Einsparen überflüssiger Ausgaben wieder reinbekommen (selbst das verlorengangene Geld durch die Abschaffung der „Tampontax“!). Von der Rentabilität einer gleichberechtigten Gesellschaft ist sogar das Weltwirtschaftsforum

überzeugt, das jährlich einen *Global Gender Gap Report* veröffentlicht, um den Stand der Aufholjagd zu dokumentieren. Laut dem letzten Bericht von 2020 wäre bei Gleichbleiben des aktuellen Entwicklungstempos die weltweite Geschlechterparität in 99,6 Jahren erreicht! Ist das Ende des Kampfs um Gleichberechtigung also schon absehbar?

Jein. Denn auch wenn progressive Einstellungen gegenüber den Geschlechtern immer häufiger werden, gilt das Gleiche ebenso für reaktionäre Reflexe, die sich vor allem im (rechts-)konservativen Gesellschaftssektor mehren. Der ist nun auch nicht gerade geringfügig. Und was nützt einem dann das eifrigste Datensammeln, wenn die Ergebnisse anschließend nicht akzeptiert werden (zum Beispiel türmen sich ja mittlerweile die Studien, die nachweisen, dass das Generische Maskulinum im Deutschen tatsächlich nicht inklusiv ist, aber das löst nur noch mehr Wut auf geschlechtergerechte Sprachvorschläge aus)? Außerdem besteht immer die Gefahr von „Rückwärtsrollen“, die besonders in Krisenzeiten schnell passieren. Bereits jetzt schon steht fest, dass die Corona-Pandemie weltweit zu einem Anstieg von häuslicher Gewalt und vielerorts zu einem wirtschaftlichen Abstieg von Frauen geführt hat, die zur besseren Betreuung der Kinder ihre Jobs kündigen mussten. Was kommende Katastrophen (ausgelöst durch den Klimawandel etwa) für Gleichberechtigungsbemühungen bedeuten werden, ist noch gar nicht abzuschätzen, doch die Vermutungen sind düster. Auch wenn also derzeit die generelle Richtung stimmt, in die sich die Gesellschaften des Planeten bewegen, darf man diese Tendenz nicht als selbstverständlich und unumkehrbar betrachten. Der Kampf geht weiter – und er wird uns in der einen oder anderen Form vermutlich immer begleiten.

● Text: Anja Dolatta

Kontakt zu Zoë MacTaggart (Bilder)
 mail: info@zoemactaggart.com
 fon: 01577-3847124
 www.zoemactaggart.com